

RefRat der HU

gesetzlich AStA



ReferentInnenrat des StudentInnenparlaments der Humboldt-Universität zu Berlin
Referat für Hochschulpolitik

RefRat der HU - Unter den Linden 6 - 10099 Berlin
Tel.: 030 / 2093-2614 o. 2603
Fax: 030 / 2093-2396

Humboldt-Universität lernt nichts dazu

- Statusgruppen sollen nicht in Strukturplanungen einbezogen werden
- studentisches Gruppenveto zu demokratiefeindlichem Studiengang

Bei dem geplanten Studiengang „Public Policy“ handelt es sich um einen weiterbildenden kostenpflichtigen Master-Studiengang. Für 18 000€ soll hier zukünftig eine Ausbildung verkauft werden, die die Absolvent_innen befähigen soll ihre politischen Ziele gesellschaftlich durchzusetzen. „Wir sind grundsätzlich gegen die Einführung gebührenpflichtiger Studiengänge.“ erklärte Lena Müller, Referentin für Hochschulpolitik und weiter: „Mit diesem Studiengang wird einer elitären Minderheit, die sich eine so teure Ausbildung leisten kann, das Wissen zur Durchsetzung ihrer Interessen vermittelt. Hier soll die Elite die Beherrschung der Mehrheit lernen. Folglich widerspricht dieser Studiengang nicht nur in seiner Form, sondern auch in seinem Inhalt demokratischen Grundsätzen.“

Bei diesem Studiengang handelt es sich nach Angaben des Fachvertreters in der Kommission für Lehre und Studium um ein Ausbildungs-Angebot für Lobbygruppen und Unternehmen. Er soll von einer eigenständigen GmbH angeboten werden, die zwischen der Humboldt-Universität und der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) angesiedelt wird. Das studentische Gruppenveto wird die Einrichtung voraussichtlich nur aufschieben können.

Zur ebenfalls diskutierten Strukturplanung hatte die studentische Liste „Offene Linke“ einen Antrag vorgelegt. Dieser sollte einen transparenten Prozess und die Beteiligung der Hochschulgremien und aller Statusgruppen an diesen Planungen sicherstellen. In einem chaotischen und nicht der Geschäftsordnung gemäßen Verfahren wurde jedoch die Abstimmung über diesen Antrag verhindert. Prof. Hartmut Böhme, Mitglied des akademischen Senates, erklärte dabei zwar, dass ein dem Antrag entsprechendes Verfahren selbstverständlich sei, rechtfertigte aber zugleich das skandalöse Vorgehen der Fakultätsleitung bei der Institutsneugliederung an der Philosophischen Fakultät III.

An der Philosophischen Fakultät III wurde das Institut für Kultur- und Kunstwissenschaften in vier kleine Institute untergliedert. Die Planungen zu diesem Schritt liefen äußerst intransparent ab; viele der betroffenen Professoren erklärten erst wenige Wochen oder sogar erst Tage vor der Entscheidung informiert worden sein. Sie wurden vor vollendete Tatsachen gestellt und in die Planungen nicht mit einbezogen. Zum Teil wussten sie nicht einmal, dass eine Umstrukturierung ihres Institutes anstand. Die Entscheidung wurde auch dem Fakultätsrat erst als vollendeter Entwurf vorgelegt. Eine mit Vertreter_innen der verschiedenen Statusgruppen besetzte Kommission zur Vorbereitung dieser Entscheidung gab es nicht.

Eine studentische Vertreterin aus der Philosophischen Fakultät III erklärte: „Wir wurden in keiner Weise mit einbezogen, sondern erst informiert, als schon alles gelaufen war. So etwas darf sich nicht wiederholen.“

Böhmes Rechtfertigungen dieses Verfahrens wurde im Akademischen nur von studentischer Seite widersprochen. Er war es auch, der die Abstimmung über den studentischen Antrag zur Strukturplanung verhinderte. Damit kann sich ein solches Vorgehen auch für die die gesamte Universität betreffende Strukturplanung wiederholen.

In Anbetracht der gesamten Sitzung erklärte Müller: „Die Universität sollte sich Fragen, ob sie sich noch als demokratisch verstehen kann.“

Die Verfassung der HU sichert den „Erlass des Strukturplans“ dem Akademischen Senat zu; damit ist nach Auffassung des Referent_innenRates auch die transparente Vorbereitung der Strukturplanung in einer von allen Statusgruppen zu besetzenden Kommission notwendig.

Lena Müller
Referentin für Hochschulpolitik
Tel: 0177 964 9265